

Ausfertigung
NIEDERSÄCHSISCHES
OBERVERWALTUNGSGERICHT



Az.: 10 LB 33/03
6 A 1594/00

verkündet am 23. Juni 2004
Rodatz, Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

IM NAMEN DES VOLKES

URTEIL

In der Verwaltungsrechtssache

[REDACTED]

Klägers und Berufungsklägers,

Proz.-Bev.: [REDACTED]

g e g e n

das Amt für Agrarstruktur Bremerhaven,
Borriesstraße 46, 27570 Bremerhaven,

Beklagten und
Berufungsbeklagten,

Streitgegenstand: Sonderprämie für Rindfleischherzeuger

hat das Niedersächsische Obergerverwaltungsgericht - 10. Senat - auf die mündliche Verhandlung vom 23. Juni 2004 durch die Vorsitzende Richterin am Obergerverwaltungsgericht Meyer, den Richter am Obergerverwaltungsgericht Dr. Berkenbusch, den Richter am Ober-

Verwaltungsgericht Volk sowie die ehrenamtlichen Richter Ahrens und Behrens für Recht erkannt:

Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Stade – 6. Kammer – vom 15. März 2002 wird zurückgewiesen.

Der Kläger trägt die Kosten des Berufungsverfahrens; insoweit ist das Urteil vorläufig vollstreckbar.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Gründe

I.

Die Beteiligten streiten um die Gewährung der Sonderprämie für Rindfleischherzeuger 1995.

Der Kläger erklärte unter dem 14. November 1995 seine Beteiligung am Verfahren auf Gewährung einer Sonderprämie mit voraussichtlich 49 männlichen Rindern der ersten und zweiten Altersklasse. Entsprechend der Beteiligungserklärung beantragte er am 14. November 1995 eine Sonderprämie für drei männliche Tiere der ersten Altersklasse, für 22 Tiere der ersten und zweiten Altersklasse zusammen und für 29 Tiere der zweiten Altersklasse. Mit Bescheid vom 8. Juli 1996 bewilligte der Beklagte dem Kläger eine Sonderprämie für Rindfleischherzeuger und einen Ergänzungsbetrag (Extensivierungsprämie) in Höhe von insgesamt 7.062,75 DM. Aus der diesem Bescheid beigefügten Anlage 1 ergibt sich, dass für die nachstehend aufgeführten Tiere, für die die Gewährung einer Sonderprämie der zweiten Altersklasse beantragt worden war, diese wegen des fehlenden Altersnachweises für die Klasse abgelehnt wurde. Der Klammerzusatz bezieht sich dabei jeweils auf die laufende Nummer des Antrags vom 14. November 1995.

1. (2) 33133502

2. (3) 33626464

3. (4) 33133503
4. (5) 35626429
5. (11) 33133506
6. (16) 33133504
7. (18) 33133505
8. (22) 33133507
9. (34) 33150112

Die Nichtanerkennung des Altersnachweises für diese Tiere führte zu einer Kürzung der Prämienansprüche für weitere Tiere. Im Übrigen wurde dem Kläger die Sonderprämie für drei Tiere der ersten Altersklasse zugesprochen. Soweit der Kläger für 22 Tiere der ersten und zweiten Altersklasse zusammen die Sonderprämie beantragt hatte, gewährte der Beklagte ihm für diese Tiere jeweils den auf die erste Altersklasse entfallenden Betrag, woraus sich dann insgesamt der bewilligte Betrag errechnete.

Mit Schreiben vom 19. Juli 1996 erhob der Kläger Widerspruch gegen die Versagung der Prämie für die zweite Altersklasse und führte zur Begründung aus, er habe den Altersnachweis für die Tiere zu 1) bis 8) durch Vorlage von Leukoseunverdächtigkeitsbescheinigungen des Kreisveterinärs des Landkreises Stade vom 19. Dezember 1994 erbracht. Diese Bescheinigungen seien zeitnah zu dem Bezug der Tiere ausgestellt worden. Mit der verbindlichen Geburtsdatumsangabe in diesen Bescheinigungen sei ein eindeutiger Altersnachweis im Sinne der prämierechtlichen Bestimmungen gegeben. Für das Tier mit der Ohrmarkennummer 33150112 liege eine eidesstattliche Versicherung des früheren Besitzers vor, die allerdings im Hinblick auf die letzte Ziffer der Ohrmarkennummer einen Schreibfehler enthalte. Von dem Voreigentümer Blohm habe er seinerzeit nicht ein Tier mit der Ohrmarkennummer 33150113, sondern mit der Ohrmarkennummer 33150112 erworben.

Im Übrigen legte der Kläger zur Begründung seines Widerspruchs einen Einkaufsbeleg der Viehhandlung Schlichting vom 17. Dezember 1994 über 9 Ochsen sowie insgesamt 9 Wiegebescheinigungen vor, in denen als Lieferant Herr W. Buck, Mulsum aufgeführt ist. Die Wiegebescheinigungen tragen das Datum 17.12. (ohne Angabe einer Jahreszahl) und

betreffen die oben unter den Nummern 1) bis 8) aufgeführten Tiere sowie als neuntes Tier das Tier mit der Ohrmarkennummer 33133501, bei dem es sich um die laufende Nummer 21 im Antrag des Klägers handelt. Außerdem war beigelegt eine Erklärung des Klägers vom 8. Juni 1997, in der dieser erklärte, dass das unter der Nummer 9 genannte Tier (lfd. Nr. 34 im Antrag) richtigerweise die Ohrmarkennummer 33150112 trage. Ein Tier mit der Ohrmarke 33150113 sei niemals in seinem Bestand gewesen.

Mit Schreiben vom 23. September 1997 wies der Beklagte den Kläger darauf hin, dass seinem Widerspruch nicht abgeholfen werden könne, da die mit Schreiben vom 13. Juni 1997 eingereichten Unterlagen nicht als Altersnachweis anerkannt werden könnten. Die Rechnung der Viehhandlung Schlichting vom 17. Dezember 1994 über 9 Ochsen enthalte nicht die Ohrmarkennummern dieser Tiere, außerdem sei sie frühestens 10 Monate vor der Vermarktung ausgestellt worden. Das genaue Zugangsdatum der Tiere lasse sich aus den Unterlagen nicht entnehmen, da die Rechnung die Ohrmarkennummern der Tiere nicht enthalte und die Wiegebescheinigungen lediglich das Datum 17.12. ohne Jahresangabe enthielten. Im Bestandsregister sei als Zugangsdatum ursprünglich 4.95 eingetragen gewesen und dann mit 1.12.94 überschrieben worden. Im Antrag auf Gewährung der Rinderonderprämie sei für diese Tiere ebenfalls der 1.12.1994 als Zugangsdatum aufgeführt. Die Angaben seien daher widersprüchlich. Die vorgelegte eidesstattliche Erklärung des Herrn Blohm für das Tier mit der Ohrmarkennummer 33150113 solle zwar einen Schreibfehler enthalten, hinsichtlich des Tieres mit der Ohrmarkennummer 33150112 sei das Bestandsregister jedoch korrigiert worden, so dass sich die ursprünglich eingetragene Ohrmarkennummer nicht mehr feststellen lasse. Es könne sich daher auch um einen Fehler in der Schlachtbescheinigung handeln. Auch sei mittlerweile festgestellt worden, dass die Zukaufsbelege für die übrigen 41 Tiere, für die die Prämie der zweiten Altersklasse bereits bewilligt worden sei, allerdings sanktioniert wegen der Kürzung der übrigen Tiere, nicht vorlägen. Der Kläger werde daher um Übersendung der Originalzukaufsbelege gebeten, da andernfalls nicht festgestellt werden könne, ob die Bestätigungen der Kälbererzeuger zeitnah zum Zukaufsbeleg ausgestellt worden seien.

Mit Schreiben vom 15. Oktober 1997 erklärte der Kläger, es treffe zu, dass im Bestandsverzeichnis des Betriebes als Zugangsdatum der Tiere versehentlich der 1. Dezember 1994 aufgeführt worden sei. Tatsächlich hätten diese Tiere seinen Betrieb erst am 17.12.1994 erreicht und seien erst ab diesem Tag dem Betrieb zuzuordnen.

Nachdem die Beteiligten sich zunächst hinsichtlich eines Abwartens von Entscheidungen in Musterverfahren vor verschiedenen niedersächsischen Verwaltungsgerichten ins Benehmen gesetzt hatten, erhob der Kläger am 13. Oktober 2000 Untätigkeitsklage, mit der Begründung, dass über seinen Widerspruch gegen den Bescheid vom 8. Juli 1996 ohne zureichenden Grund bisher nicht entschieden worden sei.

Mit Bescheid vom 14. November 2000 wies die Bezirksregierung Lüneburg den Widerspruch des Klägers als unbegründet zurück und änderte den angefochtenen Bescheid des Beklagten vom 8. Juli 1996 insoweit ab, als für die Tiere, für die die Prämie als Sanktion wegen des Nichterfüllens der Voraussetzungen für ein anderes Tier versagt worden war, die Prämie nunmehr mit der Begründung abgelehnt werde, dass auch für diese ein anzuerkennender Altersnachweis nicht erbracht worden sei. Zur Begründung führte die Widerspruchsbehörde aus: Gemäß Art. 4 b der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 erhielten Erzeuger, die männliche Rinder hielten, eine Sonderprämie. Diese Prämie werde einmal nach Erreichen eines Alters von 10 Monaten und zum zweiten Mal nach Erreichen eines Alters von 22 Monaten gezahlt. Da Bedingung für die zweite Prämie sei, dass das Tier gemäß Art. 2 Abs. 2 und Art. 15 c der Verordnung (EWG) Nr. 3886/92 mindestens zwei Monate ab Beginn des 21. Lebensmonats gehalten werde, komme die zweite Prämie erst nach Vollendung des 22. Lebensmonats in Betracht. Gemäß Art. 5 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3887/92 müsse ein Antrag alle erforderlichen Informationen enthalten. Die Behörde müsse in die Lage versetzt werden, anhand der einzureichenden Belege, die Angaben zum Alter überprüfen zu können. Die Belege hierzu müssten eindeutig sein, um auszuschließen, dass Zuwendungen zu Unrecht gewährt würden. Im Fall des Zukaufs der Tiere müssten die vorgelegten Belege durch Dritte zeitnah zum Verkauf erstellt worden sein und das Zukaufsdatum, die Ohrmarke und gegebenenfalls das Geburtsdatum des betreffenden Tieres enthalten. Hierfür kämen insbesondere Originalzukaufsbelege des Kälbererzeugers in Betracht. Sofern das Geburtsdatum des Tieres nachgewiesen werden müsse, weil zwischen dem Zugang zum Betrieb und der Schlachtung weniger als 23 Monate lägen, könne dieses Datum nur vom Kälbererzeuger bescheinigt werden. Nicht geeignet seien in diesem Zusammenhang Besamungskarten, Leukosebescheinigungen sowie nachträglich ausgestellte oder mit Zusätzen oder Änderungen versehene Belege, da diese keinen Aufschluss über das genaue Alter eines Tieres geben könnten, da sie entweder keinen Bezug über die Ohrmarkennummer zum geschlachteten Tier herstellten, Eigenbelege seien oder nicht zeitnah zum Verkaufsgeschäft ausgestellt worden seien, so

dass ihre Aussagekraft und Richtigkeit bezweifelt werden müsse. Die Beweislast für den Altersnachweis trage der Antragsteller.

Die vom Kläger vorgelegten Leukoseunverdächtigkeitsbescheinigungen, Rechnungen des Viehhändlers Schlichting ohne Angabe der Ohrmarkennummern, Geburtsbescheinigungen und Wiegekarten seien nicht geeignet, den notwendigen Altersnachweis zu führen. Die Zukaufsbescheinigungen enthielten keine Ohrmarkennummern nach der Viehverkehrsverordnung, die Leukosebescheinigungen könnten hilfsweise als Altersnachweis herangezogen werden, wenn zwischen dem Ausstellungsdatum und dem Datum der Vermarktung mehr als 23 Monate lägen. Geburtsbescheinigungen vom Kälbererzeuger müssten zeitnah zum Zukaufsbeleg ausgestellt worden sein und könnten nur zusammen mit der zeitnah zum Zukauf ausgestellten Rechnung mit Ohrmarkennummer als Altersnachweis anerkannt werden. Diesen Anforderungen entsprächen die Belege des Klägers nicht. Die von ihm vorgelegten Leukoseunverdächtigkeitsbescheinigungen enthielten zwar die Geburtsdaten der Tiere, diese habe der Amtstierarzt aber nicht aufgrund eigenen Wissens beurkunden können. Die hilfsweise Heranziehung dieser Bescheinigungen als Altersnachweis komme nicht in Betracht, da zwischen der Ausstellung der Bescheinigung und der Vermarktung der Tiere weniger als 23 Monate lägen. Zwischen den eingereichten Geburtsbescheinigungen und den Wiegekarten einerseits und den vorgelegten Zukaufsbelegen andererseits lasse sich ein direkter Zusammenhang nicht herstellen, da in den Zukaufsbelegen Ohrmarkennummern nicht genannt seien. Zudem fehle auf den Wiegekarten, die auch nicht auf den Namen des Klägers, sondern auf den des Herkunftsbetriebes ausgestellt worden seien, bei der Datumsangabe die Jahreszahl. Bei den eidesstattlichen Versicherungen, die zum Nachweis des Geburtsdatums vorgelegt worden seien, sei auffällig, dass sie mit derselben Handschrift ausgefüllt und dann von verschiedenen Personen unterschrieben worden seien. Im Übrigen habe der Kläger zunächst einen Verkaufsbeleg der Firma Schlichting vom 15. Oktober 1994 über 9 Bullen vorgelegt, der wohl als Nachweis für die zunächst abgelehnten Ochsen dienen sollte. Dann sei noch ein weiterer Verkaufsbeleg der Firma Schlichting vom 17. Dezember 1994 über 9 Ochsen vorgelegt worden. Zudem stimmten diese Angaben nicht mit den Angaben im Bestandsregister überein, in dem als Zugangsdatum für die Tiere ursprünglich „4/95“ eingetragen gewesen sei, was später mit „1.12.1994“ überschrieben worden sei. Als Lieferdatum sei allerdings der 17. Dezember 1994 bescheinigt worden. Eine Eintragung über den Zugang von 9 Bullen zum 15. Oktober 1994 fehle gänzlich. Hinsichtlich des Tieres mit der Ohrmarkennummer 33150112 solle die vorgelegte eidesstattliche Erklärung des Herrn Blohm zwar einen

Schreibfehler enthalten, dieser lasse sich jedoch anhand des Bestandsverzeichnisses nicht nachvollziehen, da bei diesem Tier eine Korrektur vorgenommen worden sei und die ursprünglich eingetragene Ohrmarkennummer nicht mehr festgestellt werden könne.

Zur Begründung seiner Klage, in die der Kläger den Widerspruchsbescheid vom 14. November 2000 einbezogen hat, hat er vorgetragen: Der Altersnachweis sei für alle Tiere erbracht. Für das Tier mit der Ohrmarkennummer 33133502 ergebe sich aus der mit der Ohrmarkennummer versehenen Leukoseunverdächtigkeitsbescheinigung, dass das Tier bereits im ersten Halbjahr 1994, d.h. spätestens am 30. Juni 1994 gelebt habe. Zudem habe er Wiegebescheinigungen und einen Verkaufsbeleg vorgelegt. Zwar treffe es zu, dass auf dem Verkaufsbeleg vom 17. Dezember 1994 die einzelnen Ohrmarkennummern nicht enthalten seien und bei der Datumsangabe auf den Wiegebescheinigungen die Jahreszahl fehle, gleichwohl könnten die Bedenken des Beklagten gegen diese Belege nicht durchgreifen, weil in dem Verkaufsbeleg das Lebendgewicht mit 3.759 kg angegeben sei und damit der Summe der in den Wiegebescheinigungen aufgeführten Einzelgewichte der veräußerten Tiere entspreche. Damit sei nachgewiesen, dass die Wiegebescheinigungen, die die Ohrmarkennummern enthielten, zu dem vorgelegten Verkaufsbeleg gehörten. Es könne auch nicht beanstandet werden, dass die Wiegekarten nicht auf ihn, sondern auf den jeweiligen Herkunftsbetrieb ausgestellt worden seien, denn die Tiere seien erst unmittelbar vor dem Verkauf an ihn gewogen worden. Dies gelte auch für die Tiere mit den Ohrmarkennummern 35626464, 33133503, 35626429, 33133506, 33133504, 33133505 und 33133507. Hinsichtlich des Tieres mit der Ohrmarkennummer 33150112 sei bereits im Widerspruchsverfahren dargelegt worden, dass dies in der eidesstattlichen Versicherung versehentlich mit der Endziffer 3 angegeben worden sei. Im Übrigen habe er darauf vertrauen dürfen, dass die Leukoseunverdächtigkeitsbescheinigungen wie in den früheren Jahren auch 1995 als ausreichende Altersnachweise für die Tiere anerkannt würden.

Der Kläger hat beantragt,

den Bescheid des Beklagten vom 8. Juli 1996, soweit dieser entgegensteht und den Widerspruchsbescheid der Bezirksregierung Lüneburg vom 14. November 2000 aufzuheben und den Beklagten zu verpflichten, dem Kläger eine weitere Sonderprämie für Rindfleischerzeuger in Höhe von 14.408,01 DM zu gewähren.

Der Beklagte hat beantragt,

die Klage abzuweisen.

Er ist dem Klagevorbringen entgegengetreten und hat an seiner Auffassung festgehalten, dass der Kläger den Altersnachweis für die Tiere nicht erbracht habe. Die von ihm vorgelegten Belege hätten als Altersnachweis nicht anerkannt werden können, weil sie zum Teil nicht mit Ohrmarkennummern oder mit einem Ausstellungsdatum versehen gewesen seien. Jedenfalls seien die Belege, aus deren Inhalt auf ein Geburtsdatum geschlossen werden könne, nicht zweifelsfrei einem bestimmten Antragstier zuzuordnen. Die Leukoseunverdächtigkeitsbescheinigungen könnten als Beweis nicht herangezogen werden können, da diesen nicht zwingend zu entnehmen sei, dass das jeweilige Tier schon zum Zeitpunkt der Untersuchung im Bestand des Klägers gewesen sei. Gehe man mit dem Kläger davon aus, dass diese Tiere nach den Bescheinigungen mindestens 1994 gelebt hätten, so sei unter Berücksichtigung des Schlachtdatums 10.10.1995 damit lediglich ein Alter von 16 Monaten nachgewiesen, womit die Bewilligungsvoraussetzungen der Rindersonderprämie nicht erfüllt seien. Unabhängig davon sei die Richtigkeit der in den Leukoseunverdächtigkeitsbescheinigungen aufgeführten Geburtsdaten nicht gesichert.

Das Verwaltungsgericht hat die Klage durch Urteil vom 15. März 2002 abgewiesen und zur Begründung ausgeführt: Der Beklagte habe die vom Kläger beantragte Sonderprämie für Rindfleischherzeuger 1995 zu Recht abgelehnt, denn der Kläger habe den Altersnachweis für die in seinem Antrag bezeichneten Tiere nicht erbracht. Da weder das Gemeinschafts- noch das nationale Recht Bestimmungen enthielten, wie der Altersnachweis zu führen sei, habe die Behörde nach §§ 24, 26 VwVfG unter Berücksichtigung der für den Einzelfall bedeutsamen Umstände zu entscheiden, ob der Antragsteller das Vorliegen der Prämienvoraussetzungen nachgewiesen habe. In diesem Zusammenhang sei nicht zu beanstanden, dass der Beklagte Schriftstücke, die nicht unmittelbar der Kenntnis des Antragstellers entstammten, nicht anerkenne, sondern bei zugekauften Tieren einen zeitnah zu dem Erwerb des Tieres ausgestellten Nachweis des Kälbererzeugers fordere. Nur dieser verfüge im Zweifel über die notwendigen Informationen und könne im Zweifelsfall auch dafür haftbar gemacht werden. Unabhängig sei dabei, dass der Beklagte in der Vergangenheit geringere Anforderungen an den Altersnachweis gestellt habe. Insoweit stehe es ihm frei, seine Verwaltungspraxis zu ändern, ohne dass sich der Subventionsbewerber auf Vertrauensschutz berufen könne.

Soweit der Kläger als Altersnachweis Leukoseunverdächtigkeitsbescheinigungen des Amtstierarztes vorgelegt habe, komme diesen für das Alter der Tiere keine Beweiskraft zu, da die in diesen Bescheinigungen eingetragenen Geburtsdaten nicht auf eigener Kenntnis des ausstellenden Kreisveterinärs beruhten, sondern diesem lediglich vom Erzeuger mitgeteilt worden seien. Die Leukoseunverdächtigkeitsbescheinigungen seien auch für eine hilfsweise Stützung der Altersberechnung der Tiere nicht geeignet. Selbst wenn sie die Annahme zuließen, dass die Tiere spätestens am 30. Juni 1994 geboren worden seien, ergebe sich dann bezogen auf den Zeitpunkt der Schlachtung im Oktober 1995 ein Alter von höchstens 18 Monaten.

Auch durch die Vorlage des Zukaufsbelegs der Firma Schlichting für 9 Ochsen und der Wiegekarten sei der Altersnachweis nicht geführt, da die Ohrmarkennummern lediglich auf den Wiegekarten, nicht aber auf dem Zukaufsbeleg der Firma Schlichting vom 17. Dezember 1994 vermerkt seien. Wenngleich das auf den Wiegekarten eingetragene Datum ohne Angabe der Jahreszahl dafür spreche, dass die Karten und der Zukaufsbeleg sich auf dieselben Tiere bezögen, werde die Beweiskraft dieser Unterlagen indes dadurch erschüttert, dass die im Bestandsregister des Klägers eingetragenen Zugangsdaten für diese Tiere sich nicht mit den Daten auf den Belegen deckten, und dass die Eintragungen im Bestandsregister zudem nachträglich von „4/95“ auf „1.12.94“ geändert worden seien. Eine überzeugende Erklärung für diese Veränderung habe der Kläger nicht gegeben. Auffällig sei weiterhin, dass der Kläger zunächst einen anderen Zukaufsbeleg der Firma Schlichting für 9 Ochsen (richtig: Bullen), datiert auf den 15.10.1994, vorgelegt habe, diesem Beleg ausreichende Nachweise über die Ohrmarkennummern der Tiere aber nicht beigelegt habe. Die hierzu ergänzend vorgelegten eidesstattlichen Erklärungen der Herren Witt und Blohm beträfen nur 4 Tiere. Gleichzeitig sei der Zugang von 9 Ochsen (richtig: Bullen) in den Bestand des Klägers am 15. Oktober 1994 nicht nachgewiesen.

Der Kläger habe den Altersnachweis auch für die übrigen Tiere nicht erbracht, so dass die Versagung der Prämienzahlung für diese Tiere im Widerspruchsbescheid zu Recht nicht mehr auf die Sanktionierung gestützt worden sei. Dem Beleg der Firma Ropers vom 17. November 1994 lasse sich ein Tier nicht zweifelsfrei zuordnen, da eine Ohrmarkennummer nicht angegeben und der Name „Freudenthal“ nur mit Bleistift nachgetragen worden sei. Als Altersnachweis sei eine eidesstattliche Erklärung des Herrn Freudenthal mit

Datum vom 17. November 1994 betreffend das Tier mit der laufenden Nummer 27 vorgelegt worden.

Dem Verkaufsbeleg der Firma Schlichting vom 22. April 1994 über insgesamt 8 (richtig: 10) Ochsen seien Wiegekarten beigelegt, aus denen sich die Ohrmarkennummern der von Buck (lfd. Nrn. 6 bis 8, 14, 19, 20, 23, 24) und von Hoops (9, 15) bezogenen Tiere ergäben. Als Altersnachweis für diese Tiere seien ebenfalls nachträglich erstellte eidesstattliche Versicherungen der Verkäufer vorgelegt worden. Auf einem weiteren Zukaufsbeleg der Firma Schlichting vom 5. April 1995 sei mit Bleistift der Name Trochelman eingetragener und es seien insgesamt 5 Wiegekarten mit Datum vom 5. April 1995 und den Ohrmarken der Tiere mit den lfd. Nrn. 10, 12, 13, 17 und 25 vorgelegt worden. Der Altersnachweis solle über die eidesstattliche Versicherung des Herrn Trochelman mit Datum vom 5. April 1995 geführt werden. Für alle übrigen Tiere würden nur eidesstattliche Erklärungen der Vorbesitzer mit Eintragungen der Ohrmarkennummern und der Geburtsdaten vorgelegt. Auffällig sei, dass alle vorgelegten eidesstattlichen Erklärungen auf vorgedruckten Formularen abgegeben worden seien, die jeweils von einer anderen Person ausgefüllt worden seien als von derjenigen, die die Unterschrift geleistet habe. Ferner sei festzustellen, dass das Datum der eidesstattlichen Erklärungen immer mit dem Datum der für den Kläger ausgestellten Verkaufsbelege der Viehhändler übereinstimme, was bedeute, dass alle Käufe und Verkäufe jeweils am selben Tag stattgefunden haben müssten.

Der Beklagte stelle bei der Frage, ob der Altersnachweis geführt sei, zutreffend darauf ab, dass Bescheinigungen Dritter nur dann ausreichender Beweiswert zukommen könne, wenn sie zeitnah mit dem Verkauf der Tiere erfolgt seien. Dieses Erfordernis habe der Kläger nicht erfüllt. Aus der nach den Verwaltungsvorgängen zu rekonstruierenden zeitlichen Abfolge ergebe sich, dass dem Antrag des Klägers vom 14. November 1995 zunächst keine eidesstattlichen Erklärungen, Verkaufsbelege und Leukoseunverdachtsbescheinigungen, sondern nur die Schlachtbescheinigungen und Bestandsregisterauszüge des Klägers beigelegt gewesen seien. Im Hinblick auf die seinerzeit geübte Verwaltungspraxis des Beklagten habe für den Kläger in den Jahren 1994 und 1995 auch kein Anlass bestanden, von den Erzeugern besondere Erklärungen über das Alter der Tiere zu fordern. Erst nachdem die Landwirtschaftskammer am 23./24. April 1996 eine Verwaltungskontrolle durchgeführt und den Altersnachweis für 9 der oben genannten Ochsen beanstandet habe, habe der Kläger Unterlagen nachgereicht, die der Landwirtschaftskammer jedenfalls am 15. Mai 1996 vorgelegen hätten und bei denen erhebliche

Gründe dafür sprächen, dass die Erklärungen erst nachträglich und nicht zeitnah zum Verkauf der Tiere angefertigt worden seien. Dies erkläre auch, warum eine erhebliche Zahl der Erklärungen von einer Person handschriftlich vorausgefüllt worden sei, wobei diese Person auch die Geburtsdaten der Tiere und das Ausstellungsdatum bereits eingefügt habe. Gerade bei den Geburtsdaten handele es sich um Tatsachen, die nur dem Erzeuger hätten bekannt gewesen sein können, der sie jedenfalls bei lebensnaher Betrachtung dann nachgetragen hätte. Die einheitliche Handschrift des Vorausfüllers deute jedenfalls darauf hin, dass die Erstellung der Erklärungen nicht an den jeweiligen Verkaufstagen, sondern erst nachträglich erfolgt sei. Schließlich sei nicht nachvollziehbar, warum sowohl Erklärungen zu Tieren, die offensichtlich im Direktverkauf erworben worden sein sollten, wie auch Erklärungen zu Tieren, bei denen Viehhändler als Zwischenkäufer tätig gewesen seien, gleichwohl von derselben Person vorausgefüllt worden seien. Diese Umstände begründeten so erhebliche Zweifel an der Aussagekraft der vom Kläger für den Altersnachweis vorgelegten Beweismittel, dass dieser im Ergebnis der ihm gemäß § 11 MOG obliegenden Nachweisverpflichtung nicht Genüge getan habe. Die Nichterweislichkeit des Alters der Tiere gehe zu seinen Lasten.

Gegen diese Entscheidung führt der Kläger die vom Senat zugelassene Berufung, zu deren Begründung er vorträgt: Bis zum Abschluss des Antragsverfahrens habe er davon ausgehen können, dass Leukoseunverdächtigkeitsbescheinigungen aufgrund der bisherigen Verwaltungspraxis des Beklagten als auch der Landwirtschaftskammer als Altersnachweis genügten. Die von der Landwirtschaftskammer anerkannten Bescheinigungen habe auch der Beklagte ausreichen lassen müssen, da die Landwirtschaftskammern nach § 1 Nr. 17 b der Verordnung über die Übertragung von Aufgaben auf die Landwirtschaftskammern die Aufgaben der antragsannehmenden und überprüfenden Landesstelle nach § 2 der Rinder- und Schafprämienverordnung wahrnähmen. Damit obliege ihnen die Durchführung der vollständigen Verwaltungskontrolle, so dass der Beklagte die Feststellungen der Landwirtschaftskammer gegen sich gelten lassen müsse. Unabhängig davon habe er als Altersnachweis Wiegekarten vorgelegt, denen zu entnehmen sei, dass die geschlachteten Tiere die vorgeschriebenen Mindestgewichte weit überschritten hätten. Jedenfalls zusammen mit den Leukoseunverdächtigkeitsbescheinigungen sei hiernach von einem ausreichenden Altersnachweis der Tiere auszugehen.

Der Kläger beantragt,

das angefochtene Urteil zu ändern und nach seinem Klageantrag erster Instanz zu erkennen.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Er verteidigt das angefochtene Urteil und führt ergänzend aus, nach der Rechtsprechung des früheren 3. Senats des Niedersächsischen Obergerichts könne der Kläger nichts daraus herleiten, dass in der Vergangenheit geringere Anforderungen an den Altersnachweis gestellt worden seien. Er habe seine Verwaltungspraxis ändern können, ohne dass der Kläger sich demgegenüber auf Vertrauensschutz berufen könne. Soweit er für zugekaufte Tiere demnach die Vorlage zeitnah zum Erwerb des Tieres ausgestellte Nachweise des Kälbererzeugers fordere, sei dagegen nichts einzuwenden. Die vom Kläger vorgelegten Leukoseunverdachtsbescheinigungen des Amtstierarztes seien als Altersnachweis nicht geeignet, da die in ihnen eingetragenen Geburtsdaten nicht auf eigener Kenntnis des ausstellenden Kreisveterinärs beruhten, sondern diesem vom Kläger lediglich mitgeteilt worden seien. Schließlich kämen auch die Wiegekarten als Altersnachweis nicht in Betracht, da der Schluss von dem Gewicht eines geschlachteten Tieres auf dessen Alter mit erheblichen Ungenauigkeiten behaftet sei.

Wegen des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten im Einzelnen wird auf die Gerichtsakten und die Verwaltungsvorgänge des Beklagten ergänzend Bezug genommen; sie sind Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen.

II.

Die Berufung des Klägers bleibt ohne Erfolg. Das Verwaltungsgericht hat die Klage zu Recht abgewiesen. Der Kläger hat keinen Anspruch auf Gewährung der beantragten Sonderprämie für Rindfleischerzeuger 1995.

Nach Art. 4 b der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch (ABl. L 148/24) in der Fassung der Verordnung (EWG) Nr. 2066/92 des Rates vom 30. Juni 1992 (ABl. L 215/49) – VO (EWG) Nr. 805/68 – können Erzeuger, die in ihrem Betrieb männliche Rinder halten, auf Antrag eine Sonderprämie für höchstens 90 Tiere der in Absatz 2 genannten Altersklassen erhalten. Die Prämie wird höchstens zweimal im Leben eines jeden männlichen Rindes gezahlt, und zwar zum ersten Mal nach Erreichen eines Alters von 10 Monaten und zum zweiten Mal nach Erreichen eines Alters von 22 Monaten (Art. 4 b Abs. 2 VO (EWG) Nr. 805/68). Art. 4 b Abs. 8 VO (EWG) Nr. 805/68 ermächtigt die Kommission Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Von dieser Ermächtigung hat die Kommission mit der Verordnung (EWG) Nr. 3886/92 der Kommission vom 23. Dezember 1992 mit Durchführungsvorschriften für die Prämienregelung gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1244/82 und (EWG) Nr. 714/89 (ABl. L 391/20) – VO (EWG) Nr. 3886/92 – Gebrauch gemacht, deren Regelungen unbeschadet der Vorschriften für das Integrierte Verwaltungs- und Kontrollsystem gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3508/92 des Rates vom 27. November 1992 zur Einführung eines Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems für bestimmte gemeinschaftliche Beihilferegulungen (ABl. L 355/1) – VO (EWG) Nr. 3508/92 – und der Verordnung (EWG) Nr. 3887/92 der Kommission vom 23. Dezember 1992 mit Durchführungsbestimmungen zum Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem für bestimmte gemeinschaftliche Beihilferegulungen (ABl. L 391/36) – VO (EWG) Nr. 3887/92 – gelten. Nach Art. 8 VO (EWG) Nr. 3886/92 können die Mitgliedsstaaten die Sonderprämie für die erste Altersklasse und für beide Altersklassen zusammen (Möglichkeit A) oder für die zweite Altersklasse (Möglichkeit B) gewähren. Der nationale Verordnungsgeber hat sich in § 12 der Verordnung über die Gewährung von Prämien für männliche Rinder, Mutterkühe und Mutterschafe (Rinder- und Schafprämien-Verordnung) vom 5. Februar 1993 (BGBl. I S. 200) – RuSVO – in der dem vorliegenden Rechtsstreit zugrunde zu legenden Fassung durch die 4. Verordnung zur Änderung der Rinder- und Schafprämien-Verordnung vom 17. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3846) für die Möglichkeit A entschieden. Damit wird die Sonderprämie für männliche Rinder als Schlachtpremie für die erste Klasse und für die erste und zweite Altersklasse zusammen gewährt.

Nach Art. 5 Abs. 1 VO (EWG) Nr. 3887/92 muss der Beihilfeantrag „Tiere“ unbeschadet der in den Verordnungen für die einzelnen Sektoren enthaltenen Vorschriften alle erforderlichen Informationen enthalten, insbesondere die in dieser Vorschrift ausdrücklich ge-

nannten Informationen, wie z.B. die Identifizierungsnummer des Betriebsinhabers sowie die Zahl und Art der Tiere, für die eine Beihilfe beantragt wird. Nach Art. 2 Abs. 1 VO (EWG) Nr. 3886/92 enthält jeder Beihilfeantrag für Tiere neben den Angaben, die im Rahmen des integrierten Systems vorgesehen sind, zum einen eine Aufschlüsselung der Tiere nach Altersklassen und zum anderen die Verweise auf die amtlichen Begleitdokumente der Tiere, die Gegenstand des Antrags sind. Nach Art. 14 VO (EWG) Nr. 3886/92 muss unbeschadet der im Rahmen des integrierten Systems vorgesehenen Bestimmungen jedes im Betrieb gehaltene männliche Rind mit seiner Identifizierungsnummer spätestens am dritten Tag nach seinem Eintreffen im Betrieb in das besondere Register des Erzeugers eingetragen werden. Art. 3 Abs. 1 VO (EWG) Nr. 3886/92 ermächtigt die Mitgliedsstaaten, die notwendigen Vorschriften zu erlassen, um sicherzustellen, dass für jedes Tier spätestens von der ersten Prämienbeantragung an ein amtliches Dokument ausgestellt wird. Mit diesem Dokument muss sichergestellt werden, dass je Tier und je Altersklasse nur eine Prämie gewährt wird. Art. 3 Abs. 2 VO (EWG) Nr. 3886/92 überlässt es den Mitgliedsstaaten, ob sie das Begleitdokument für jedes einzelne Tier oder in der Form einer vom Erzeuger geführten Globalliste vorsehen, in der alle für das amtliche Dokument vorgesehenen Angaben enthalten sind. Für die Gewährung der Prämie kommen gem. Art. 7 Abs. 1 VO (EWG) Nr. 3886/92 nur Tiere in Betracht, für die ein nationales amtliches Dokument ausgestellt wurde und die nach den einschlägigen nationalen und gemeinschaftlichen Vorschriften ordnungsgemäß identifiziert sind.

Nach Art. 59 VO (EWG) Nr. 3886/92 haben die Mitgliedsstaaten bis zur Anwendung des alphanumerischen Systems für die Identifizierung und geeignete Erfassung der Tiere Sorge zu tragen, für die ein Antrag auf die Sonderprämie gestellt wird. Gegebenenfalls haben sie sich dabei an die Bestimmungen des Art. 7 der Verordnung (EWG) Nr. 714/89 der Kommission vom 20. März 1989 zur Durchführung der Sonderprämienregelung für Rindfleischherzeuger (ABl. L 78/38) – VO (EWG) Nr. 714/89 – bzw. des Art. 1 Abs. 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1244/82 der Kommission vom 19. Mai 1992 zur Durchführung der Prämienregelung für die Erhaltung des Mutterkuhbestandes (ABl. L 143/20) – VO (EWG) Nr. 1244/82 – anzulehnen (Art. 59 a VO (EWG) Nr. 3886/92). Nach Art. 59 b VO (EWG) Nr. 3886/92 können die zuständigen Behörden das vom Erzeuger angegebene Alter zugrunde legen, wenn sich das Alter des Tieres anhand von Papieren nicht feststellen lässt. Sie sind jedoch verpflichtet, im Zweifelsfall auch auf andere Informationsquellen zurückzugreifen, insbesondere wenn Anträge auf die Sonderprämie für die zweite Altersklasse nicht kastrierter Rinder gestellt werden.

Nach § 4 RuSVO hat der Erzeuger, wenn er die Sonderprämie beantragen will, alle männlichen Tiere, die älter als 30 Tage sind, nach § 19 a Abs. 1 bis 3 und 5 der Viehverkehrsverordnung zu kennzeichnen und gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 RuSVO ein nach Prämienarten getrenntes Bestandsverzeichnis für die von ihm gehaltenen Tiere zu führen. Das Bestandsverzeichnis muss gemäß § 5 Abs. 1 S. 3 RuSVO für jedes Tier mindestens folgende Angaben enthalten:

1. die Kennzeichnung nach § 4,
2. beim Ersatz von Ohrmarken die neue Kennzeichnung nach § 4 sowie die Zuordnung der neuen zur verloren gegangenen oder unleserlich gewordenen Kennzeichnung,
3. bei Bestandsveränderungen die Kennzeichnung der betroffenen Tiere nach § 4 unter Angabe des jeweiligen Datums und der Person, von der die betroffenen Tiere übernommen oder an die sie abgegeben worden sind, und
4. bei männlichen Rindern deren Geburtsdatum und die Angabe, ob sie kastriert sind.

Das Bestandsverzeichnis ist für das Kalenderjahr zu führen, für das die in § 1 Nr. 1 bis 3 genannten Prämien beantragt werden sollen (§ 5 Abs. 4 RuSVO).

Aus diesen gemeinschaftsrechtlichen und nationalen Vorschriften ergibt sich für Erzeuger, die eine Sonderprämie beantragen wollen, mit hinreichender Deutlichkeit, dass

1. alle über 30 Tage alten männlichen Tiere des Bestandes zu ihrer Identifizierung mit Ohrmarken zu kennzeichnen sind,
2. alle gekennzeichneten männlichen Tiere mit ihrer erstmaligen Kennzeichnung (Ohrmarke) bzw. bei einem Verlust der Ohrmarke mit der neuen Ohrmarke und deren Zuordnung,
3. Bestandsveränderungen mit dem Datum sowie dem Empfänger oder Lieferanten des Tieres
4. und das Geburtsdatum der männlichen Tiere sowie die Angabe, ob sie kastriert worden sind,

in das Bestandsverzeichnis einzutragen sind.

Auf diese für ihre Beteiligung am Verfahren auf die Gewährung einer Sonderprämie zur Identifizierung und Registrierung zu erfüllenden Voraussetzungen sind die Antragsteller für das hier streitige Jahr in Niedersachsen mit dem Merkblatt für die Gewährung der Sonderprämie für männliche Rinder und der Saisonentzerrungsprämie für Ochsen im Jahre 1995, Stand: 30. November 1994 hingewiesen worden. Ferner ergibt sich aus dem für die Antragstellung auszufüllenden Formular „Bestandsverzeichnis Männliche Rinder: Bullen und Ochsen“ welche antragserheblichen und gegebenenfalls vom Antragsteller nach § 11 des Gesetzes zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisationen - MOG – in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. September 1995 (BGBl. I S. 1146) nachzuweisenden Angaben zu machen sind. Danach sind alle im Betrieb gehaltenen männlichen Tiere mit einer fortlaufenden Nummer, ihrer Ohrmarke nach der Viehverkehrsverordnung, dem Tag des Zuganges (Geburt oder Zukauf), ihrer Herkunft (Name und Adresse des Erzeugers), Datum der Geburt bei Zukauf, Art der Nutzung (Bulle oder Ochse), Tag des Abganges (Name und Adresse des Käufers des Tieres) sowie sonstigen Bemerkungen in das Bestandsverzeichnis aufzunehmen.

Neben diesen zur Identifizierung und Registrierung der männlichen Rinder für die Beantragung und Gewährung der Sonderprämie formalen Voraussetzungen bestimmt u.a. Art. 15 c VO (EWG) Nr. 3886/92 in materieller Hinsicht, dass der Haltungszeitraum für Tiere, für die ein Antrag für die erste Altersklasse gestellt wird, zwei Monate vor der Schlachtung oder der ersten Vermarktung der Tiere und für Tiere, für die ein Antrag für beide Altersklassen gestellt wird, vier Monate ab dem ersten Tag des 20. Lebensmonats der Tiere beträgt. Daraus folgt, dass ein Anspruch auf die Gewährung einer Sonderprämie für Tiere der ersten und zweiten Altersklasse zusammen nur besteht, wenn sie im Zeitpunkt der Schlachtung mindestens 23 Monate alt gewesen sind. Diese Prämienvoraussetzungen hat der Antragsteller nach § 11 MOG nachzuweisen. Wie der Nachweis im Einzelnen zu führen ist, regeln das nationale Recht und das Gemeinschaftsrecht nicht ausdrücklich, allerdings bestimmt § 5 Abs. 1 RuSVO, dass ein Erzeuger, der die Sonderprämie oder eine andere in dieser Vorschrift genannte Prämie beantragen will, ein nach Prämienarten getrenntes Bestandsregister zu führen hat. Von einem Bestandsregister, das den Anforderungen des § 5 RuSVO genügt und das damit zugleich geeignet ist, den Altersnachweis zu führen, ist, wie sich insbesondere aus dem auszufüllenden Vordruck selbst ergibt, auszugehen, wenn darin alle männlichen Tiere entsprechend ihrem Zugang in den Betrieb (Geburt oder Zukauf) mit ihrer Ohrmarke, dem Tag der Geburt bzw. des

Zukaufs, ihrer Herkunft mit Namen und Adresse des Kälbererzeugers, dem Datum der Geburt bei Zukauf, der Art der Nutzung (Bulle oder Ochse), dem Tag des Abgangs, dem Namen und der Adresse des Käufers sowie sonstigen Bemerkungen, z.B. dass ein Tier wegen des Verlustes oder Unkenntlichkeit der Ohrmarke mit einer neuen Ohrmarke gekennzeichnet worden ist, aufgeführt worden sind.

Das vom Kläger mit der Beteiligungserklärung in Fotokopie vorgelegte Bestandsverzeichnis genügt diesen Anforderungen nur teilweise. Ihm kommt damit für den Altersnachweis kein Beweiswert zu, denn die Eintragungen im Bestandsverzeichnis sind in zeitlicher Hinsicht nicht unmittelbar nach dem Zugang der Tiere in den Bestand erfolgt und der Kläger ist damit seiner Pflicht zur Eintragung der Prämientiere mit ihrer Identifizierungsnummer (gleich Ohrmarkennummer) spätestens am 3. Tag nach dem Eintreffen im Betrieb in das besondere Register des Erzeugers (gleich Bestandsverzeichnis) gemäß Art. 14 der Verordnung (EWG) Nr. 3886/92 nicht nachgekommen. Das vom Kläger mit der Beteiligungserklärung in Kopie vorgelegte Bestandsverzeichnis enthält unter den laufenden Nummern 1 bis 8 Eintragungen zu Tieren, die am 1. November 1994 zugeworfen sind. Auf diese Eintragung folgen Zugänge vom 15.10.1994 (lfd. Nrn. 9 bis 17), vom 22.10.1994 (lfd. Nrn. 22 bis 32) und vom 25.10.1994 (lfd. Nrn. 33 und 34). Im Anschluss an im April 1995 angelieferte Tiere (lfd. Nrn. 36 bis 50) folgen Eintragungen, die am 1.12.1994 angelieferte Tiere betreffen (lfd. Nrn. 51 bis 59), wobei mit dem Zugangsdatum 1.12.1994 jeweils die Eintragung „4.95“ überschrieben worden ist, ohne dass hierfür in der Rubrik „Bemerkungen“ eine Erklärung gegeben wird. Entsprechendes gilt für die unter den laufenden Nummern 36 – 50 aufgeführten Tiere, deren Geburtsdatum zunächst mit „4/95“ angegeben war und später um eine Zahl vor der 4 ergänzt worden ist. Diese Eintragungen belegen, dass der Kläger das Bestandsverzeichnis nicht fortlaufend geführt und insbesondere die Eintragungen nicht zeitnah zu den Bestandsveränderungen vorgenommen hat. Damit ist das Bestandsregister als Altersnachweis für die im Antrag aufgeführten Tiere nicht geeignet (vgl. insoweit auch VGH Baden-Württemberg, Urf. v. 11.3.2003 – 10 S 2188/01 – juris -).

Diese Mängel bei der Führung des Bestandsverzeichnisses kann der Kläger nicht mit den von ihm vorgelegten Leukoseunverdächtigkeitsbescheinigungen, Zukaufsbelegen sowie den eidesstattlichen Erklärungen der Vorbesitzer der Tiere kompensieren, denn ein ordnungsgemäß geführtes Bestandsverzeichnis ist formelle und zugleich materielle Voraussetzung für die Gewährung der Rindersonderprämie (vgl. § 5 RuSVO; Art. 14 VO (EWG) Nr. 3886/92). Die vom Kläger beigebrachten Unterlagen mögen zur Führung des Alters-

nachweises im Einzelfall geeignet sein, wenn ein Bestandsverzeichnis zwar alle erforderlichen Eintragungen aufweist und chronologisch geführt ist, gleichwohl an dessen Inhalt und zeitnaher Erstellung Zweifel bestehen. In einem solchen Fall mögen derartige Unterlagen als andere Informationsquellen i.S.v. Art. 59 b der VO (EWG) Nr. 3886/92 angesehen werden können, die Zweifel an dem vom Erzeuger angegebenen Alter beseitigen können. Soweit das Verwaltungsgericht in diesem Zusammenhang den Leukoseverdächtigkeitsbescheinigungen des Amtstierarztes einen Beweiswert nicht beimessen will, weil die in diesen Bescheinigungen eingetragenen Geburtsdaten nicht auf eigener Kenntnis des ausstellenden Kreisveterinärs beruhen, sondern diesem vom Erzeuger mitgeteilt worden sind, ist dieser Bewertung nicht ohne weiteres und grundsätzlich zu folgen und bedarf jedenfalls in den Fällen, in denen Kälbererzeuger und Subventionsbewerber nicht identisch sind, einer differenzierten Betrachtung. Entsprechendes gilt für Zukaufsbelege, wenn diese eine eindeutige Zuordnung zu den Antragstieren ermöglichen.

Aber selbst wenn der Kläger die materielle Voraussetzung für die Gewährung der Rinder-sonderprämie der ordnungsgemäßen Führung eines Bestandsregisters erfüllt hätte, an dessen Inhalt und zeitnaher Erstellung indes Zweifel verblieben wären, hätte er mit den von ihm vorgelegten Zukaufsbelegen den Altersnachweis nicht erbringen können. Der Zukaufsbeleg der Firma Schlichting vom 17.12.1994 ist als Altersnachweis nicht geeignet, da dieser Ohrmarkennummern nicht enthält und die vom Kläger zu diesem Beleg als zugehörig bezeichneten Wiegekarten lediglich das Datum 17.12. ohne Angabe der Jahreszahl tragen. Zudem ist für die Tiere mit den auf den Wiegekarten bezeichneten Ohrmarken als Tag des Zugangs im Bestandsverzeichnis der 1. Dezember 1994 verzeichnet ist, wobei mit diesem Datum wiederum die ursprüngliche Eintragung „4/95“ überschrieben worden ist.

Dem ursprünglich vorgelegten Zukaufsbeleg der Firma Schlichting vom 15. Oktober 1994, dem Wiegekarten nicht beigelegt waren, sind Ohrmarkennummern ebenfalls nicht zu entnehmen; lediglich die mit Bleistift vorgenommene Ergänzung, die den Aussteller nicht erkennen lässt, ermöglicht die Zuordnung dieses Belegs zu den unter den laufenden Nummern 9 bis 17 des Bestandsverzeichnisses aufgeführten Tieren. Entsprechendes gilt für die Rechnungen der Viehhandlung Ropers vom 22.10. sowie vom 2. und 17.11.1994. Für die insgesamt 18 in diesen Rechnungen aufgeführten Tiere lassen sich aufgrund der handschriftlichen Ergänzungen in diesen Belegen allenfalls 11 Tiere den Eintragungen im Bestandsverzeichnis unter den laufenden Nummern 18 bis 21, 26 bis 31 und 35 zuord-

nen. Eine eindeutige Identifizierung dieser Tiere ist indes mangels Angabe der Ohrmarkennummern nicht möglich.

Über die Mängel bei der Führung des Bestandsverzeichnisses hinaus, die zugleich das Fehlen einer materiellen Voraussetzung für den Prämienanspruch bedeuten, würde sich damit auch unter Berücksichtigung der vom Kläger vorgelegten Zukaufsbelege ergeben, dass für mindestens insgesamt 20 Tiere die Prämienvoraussetzungen für die zweite Altersklasse nicht nachgewiesen wären und der Beihilfeanspruch deshalb nicht begründet wäre. Damit entfielen der Anspruch auf die Gewährung der Rindersonderprämie als Sanktion auch für die übrigen Tiere, da nach Art. 10 Abs. 2 Unterabs. 1 S. 1 und 2 der VO (EWG) Nr. 3887/92 der Beihilfesatz auch dann zu kürzen ist, wenn die Differenz zwischen der Zahl der angegebenen Tiere und der Zahl bei der Kontrolle festgestellten Tiere nicht auf falschen Angaben des Antragstellers, sondern darauf beruht, dass hinsichtlich einzelner Tiere Prämienvoraussetzungen nicht erfüllt sind (Urt. des EuGH vom 16.5.2002 - Rechtssache C-63/00). Da unter Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen die Differenz zwischen der beantragten und der festgestellten Anzahl über 20 % liegen würde, wäre gemäß Art. 10 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3887/92 die Beihilfe insgesamt zu versagen.

Der Kläger kann auch aus der Bewilligungspraxis des Beklagten in den Jahren 1993 und 1994 keinen Anspruch auf die Bewilligung einer Sonderprämie für die in seinem Antrag aufgeführten Tiere herleiten. Soweit er unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes geltend macht, der Beklagte habe die Anforderungen an die Bewilligung der Rinderprämie verschärft, verkennt er, dass die ordnungsgemäße Führung des Bestandsregisters ihm aufgrund der Regelung in § 5 RuSVO bereits für frühere Bewilligungszeiträume oblag. Unabhängig davon entspricht es höchstichterlicher Rechtsprechung, dass eine Bewilligungspraxis aus willkürfreien, d.h. sachlichen Gründen geändert werden kann. Nach der Beanstandung der Verwaltungspraxis der deutschen Bewilligungsbehörden durch die Europäische Kommission bestand für den Beklagten Anlass, die bisherige Bewilligungspraxis zu überprüfen. Die in diesem Verfahren nicht zu entscheidende Frage, ob die mit dem Erlass des ML vom 18.3.1996 – 305.1 – 60163/3 über die Nachkontrolle der Anträge auf Rindersonderprämien 1995 geregelten Anforderungen an den Altersnachweis mit den Regelungen des Gemeinschafts- und des nationalen Rechts zu vereinbaren sind, die der Senat in seinem Urteil vom 28. April 2004 – 10 LB 3968/01 – verneint hat, stellt sich in diesem Verfahren aus den oben dargelegten Gründen nicht.

Schließlich werden mit den in § 5 RuSVO geforderten Eintragungen in das Bestandsregister und der sich aus Art. 14 VO (EWG) Nr. 3886/92 ergebenden Verpflichtung zur Aktualisierung binnen 3 Tagen nach dem Eintreffen der Tiere dem Antragsteller Mitwirkungspflichten auferlegt, die dieser ohne weiteres erbringen kann und die ihm letztlich den Altersnachweis erleichtern, da nach Art. 59 b VO (EWG) Nr. 3886/92 die zuständigen Behörden das vom Erzeuger - und wie zu ergänzen ist: im Bestandsregister - angegebene Alter zugrunde legen können, wenn sich das Alter des Tieres anhand von Papieren, zu denen Zuchtbücher und ähnliche Unterlagen zu rechnen sein dürften, nicht feststellen lässt.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 2 VwGO; die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf § 167 VwGO i.V.m. § 708 Nr. 10 ZPO.

Die Revision kann nicht zugelassen werden, weil dafür die Voraussetzungen nach § 132 Abs. 2 VwGO nicht vorliegen.

Rechtsmittelbelehrung

Die Nichtzulassung der Revision kann innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Urteils beim

Niedersächsischen Obergerverwaltungsgericht,
Uelzener Straße 40 oder Postfach 2371,
21335 Lüneburg, 21313 Lüneburg,

durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde muss das angefochtene Urteil bezeichnen. Die Beschwerde ist innerhalb von zwei Monaten nach der Zustellung dieses Urteils zu begründen. Die Begründung ist bei dem Obergerverwaltungsgericht einzureichen. In der Begründung der Beschwerde muss die grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache dargelegt oder die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes oder des Bundesverfassungsgerichts, von der das Urteil abweicht, oder der Verfahrensmangel bezeichnet werden. Der Beschwerdeführer muss sich durch einen Rechtsanwalt oder durch einen Rechtslehrer an einer deutschen Hochschule im Sinne des Hochschulrahmengesetzes mit Befähigung zum Richteramt als Bevollmächtigten vertreten lassen. Juristische Personen des öffentlichen Rechts und Behörden können sich auch durch Beamte oder Angestellte mit der Befähigung zum

- 21 -

Richteramt sowie Diplomjuristen im höheren Dienst, Gebietskörperschaften auch durch Beamte oder Angestellte mit Befähigung zum Richteramt der zuständigen Aufsichtsbehörde oder des jeweiligen kommunalen Spitzenverbandes des Landes, dem sie als Mitglied zugehören, vertreten lassen.

Meyer

Dr. Berkenbusch

Volk

Ausgegeben

Lüneburg, den 14. Juli 2004

Rodert Justizangestellte
als Urkundsbeamt der Geschäftsstelle

